

- Neudruck -

Fragestunde

75. SPD-Fraktion

Abgeordnete Prof. Dr. Sieglinde Heppener

- Möglichkeiten für eine Erhöhung der Impfbereitschaft zur „Neuen Grippe“ -

Bisher ist die Impfbereitschaft zur „Neuen Grippe“ nicht zuletzt wegen des in aller Regel milden Verlaufs der aufgetretenen Erkrankungen auch in Brandenburg nicht zufriedenstellend. Gleichzeitig muss leider damit gerechnet werden, dass es mittelfristig zu einer zweiten Welle an Erkrankungen kommt. Insofern besteht ein öffentliches Interesse an einer Steigerung der Impfbereitschaft.

In diesem Zusammenhang frage ich die Landesregierung: Welche konkreten Maßnahmen hält sie mit Blick auf eine Erhöhung der Impfbereitschaft zur „Neuen Grippe“ für geboten?

76. Fraktion DIE LINKE

Abgeordneter Thomas Domres

- Schaffung neuer Lehrerstellen zum nächsten Schuljahr -

Zeitungsberichten zufolge hat der Landeselternrat gefordert, zum nächsten Schuljahr mindestens die geplanten 260 neuen Lehrerstellen zu schaffen, denn laut der Sprecherin des Landeselternrates werden Bildungschancen ohne genügend Lehrer nicht gewahrt.

Ich frage die Landesregierung: Wie bewertet sie die Forderung des Landeselternrates?

77. Fraktion der CDU

Abgeordneter Gordon Hoffmann

- Einstellungen neuer Lehrer Schuljahr 2010/2011 -

Am 12. Januar 2010 kündigte der stellvertretende Ministerpräsident und Finanzminister Dr. Markov an, dass künftig 1800 so genannte neue Lehrerstellen geschaffen werden sollen. Das Bildungsministerium ging am selben Tag noch von einem Bedarf von 1250 Einstellungen bis zum Schuljahr 2014/15 aus.

Ich frage die Landesregierung: Wie sind die aktuellen Planungen zur Einstellung neuer Lehrer für das Schuljahr 2010/2011?

78. FDP-Fraktion**Abgeordnete Marion Vogdt****- Ausbau der Kleinmachower Schleuse im Zuge des Verkehrsprojektes Deutsche Einheit (VDE) Nr. 17 -**

In zwei verschiedenen Anfragen wurde die Landesregierung um Auskunft bezüglich des Ausbaus der Kleinmachower Schleuse gebeten (Drucksachen 4/6266 und 5/65). Hinsichtlich der zulässigen Länge von Schubverbänden auf dem Teltowkanal gibt die Landesregierung zwei unterschiedliche Antworten.

In der Drucksache 4/6351 aus dem Jahr 2008 gibt sie als maximal zulässige Schubverbands-Länge für Binnenschiffe 125 Meter an. Alle größeren Schiffseinheiten bedürften der schifffahrtspolizeilichen Genehmigung.

In der Antwort (Drucksache 5/240) auf die von mir am 23.11.2009 gestellte Kleine Anfrage wird angegeben, dass gegenwärtig der Verkehr von Schubverbänden mit einer Länge von 147 m zulässig ist.

Ich frage daher die Landesregierung: Welche maximale Länge mit welchen Folgen für die Belastung der Kleinmachower Schleuse gilt gegenwärtig für Schubverbände auf dem Teltowkanal?

79. Fraktion GRÜNE/B90**Abgeordnete Ursula Nonnemacher****- Novellierung des Brandenburgischen Behindertengleichstellungsgesetzes -**

Die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen wurde am 13.12.06 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet. Am 30.03.07 hat die Bundesrepublik Deutschland die Konvention unterzeichnet und sie trat am 26.03.09 als einfaches Bundesgesetz in Kraft. Eine Novellierung des Brandenburgischen Behindertengleichstellungsgesetzes (BbgBGG) vom 25.03.2003 wurde schon in der letzten Legislaturperiode angekündigt, seit Oktober 2009 liegt ein Entwurf des Landesbehindertenbeirates Brandenburg zur Novellierung des Gesetzes vor und die neue Landesregierung hat im Koalitionsvertrag die Novellierung des Gesetzes und die Umsetzung der UN-Konvention als Ziel formuliert.

Ich frage die Landesregierung: Hat sie als Ganzes zur Umsetzung der Querschnittsaufgabe „Inklusion“ einen konkreten Zeitplan - unter der für die Betroffenen so wichtigen - Einbeziehung der kommunalen Körperschaften aufgestellt?

80. SPD-Fraktion
Abgeordnete Klara Geywitz
- Länderfinanzausgleich -

In der letzten Woche forderte der Ministerpräsident Bayerns Horst Seehofer (CSU) eine Korrektur des Länderfinanzausgleichs.

Ich frage die Landesregierung: Sieht sie derzeit Notwendigkeiten für die Änderung des geltenden Länderfinanzausgleichs?

81. Fraktion DIE LINKE
Abgeordneter Stefan Ludwig
- Finanzsituation der Kommunen -

Sinkende Einnahmen auf der einen und ständig steigende Sozialausgaben auf der anderen Seite drohen viele Kommunen handlungsunfähig zu machen. Sowohl der Deutsche Städte- und Gemeindebund (DStGB) als auch der Deutsche Städtetag warnen vor einem finanziellen Desaster der Kommunen. Für 2010 und für 2011 rechnet der DStGB mit einem Defizit von jeweils 12,5 Milliarden Euro. Grund für die Finanzmisere sind nach Erkenntnissen der kommunalen Spitzenverbände vor allem die anhaltende Wirtschaftskrise, Steuersenkungen, die immer wieder erfolgte Übertragung von zusätzlichen Aufgaben auf die Kommunen und hohe Altdefizite.

Der DStGB erhebt die Forderung, dass die Kommunen über so viele Einnahmen verfügen, dass sie ihre gesetzlichen Pflichtaufgaben erfüllen können. Als Konsequenz aus den dramatischen Einnahmeverlusten plädiert der DStGB für die Gründung eines Bündnisses für Finanzverantwortung. Es müsse auf den Prüfstand gestellt werden, was Bund, Ländern und Gemeinden überhaupt zu leisten in der Lage seien und wie es finanziert werden solle.

Ich frage die Landesregierung: Wie bewertet sie die Forderungen des DStGB?

82. Fraktion der CDU
Abgeordneter Frank Bommert
- Stimmung im brandenburgischen Mittelstand -

Einer Umfrage des Bundesverbandes mittelständischer Wirtschaft zufolge erleben Brandenburger Firmenchefs ein zunehmend negatives Unternehmerbild in der Öffentlichkeit. Unter anderem deshalb würden wohl auch 80 Prozent der Befragten heute kein Unternehmen mehr gründen oder übernehmen.

Ich frage die Landesregierung: Wie kann aus ihrer Sicht, angesichts der herausragenden Bedeutung des Mittelstandes für unser Land, diese negative Stimmung zum Positiven verändert werden?

83. SPD-Fraktion
Abgeordneter Detlef Baer
- Landesorganisationsgesetz (LOG) -

In der Landesverwaltung des Landes Brandenburg werden von März bis Mai dieses Jahres Personalratswahlen stattfinden. Durch die Neuorganisation der Verwaltung ergeben sich für die Personalratswahlen jedoch einige Probleme.

Ich frage die Landesregierung: Ist für die Durchführung der Personalratswahlen in der Landesverwaltung eine Änderung des Landesorganisationsgesetzes notwendig?

84. Fraktion DIE LINKE
Abgeordneter Thomas Domres
- Ausschreibung von Leistungen des Wach- und Sicherheitsgewerbes -

Informationen zur Folge soll es zu der bevorstehenden öffentlichen Ausschreibung der Wach- und Sicherheitsdienste am BBI möglicherweise einen vorgeschalteten Teilnahmewettbewerb geben. In diesem soll die Qualifizierung für die anstehenden Aufgaben dargelegt werden. Dabei ist völlig unstrittig, dass die Ausübung von Wach- und Sicherheitsdiensten an Flughäfen eine besondere Fachkunde der ausführenden Unternehmen erfordert. Der Nachweis der Fachkunde kann z. B. über die Nennung von Referenzen erbracht werden. Da momentan kein brandenburgisches Wach- und Sicherheitsunternehmen Erfahrungen hinsichtlich der Sicherheitsdienste an Flughäfen erbringen kann - außer dem bisherigen Auftragnehmer - haben es alle anderen Unternehmen schwer, einen solchen Nachweis zu erbringen.

Ich frage die Landesregierung: Sieht sie darüber hinaus Möglichkeiten in der Ausgestaltung dieser Ausschreibung, damit weitere brandenburgische Wach- und Sicherheitsunternehmen in einer anderen Form die notwendigen Qualifikationen nachweisen können, um sich so an der Ausschreibung beteiligen zu können?

85. FDP-Fraktion
Abgeordneter Andreas Büttner
- Lehrerstellen im Schulamtsbezirk Cottbus -

Im Schulamtsbezirk Cottbus existieren nach Angaben des Schulamtes Cottbus ca. 80 Lehrerstellen zu viel. Der „freiwillige“ Verzicht der Lehrkräfte auf Unterrichtsstunden, der im laufenden Schuljahr stattgefunden hat, soll im kommenden Schuljahr 2010/11 nicht mehr gehandhabt werden.

Vor dem Hintergrund des akuten Lehrermangels im gesamten Land Brandenburg frage ich die Landesregierung: Welche Schlussfolgerungen zieht sie aus der Situation der überzähligen Lehrerstellen im Schulamtsbezirk?

86. Fraktion DIE LINKE
Abgeordneter Marco Büchel
- Anmeldefristen für die staatlichen Gymnasien -

An den weitergehenden Schulen im Landkreis Märkisch-Oderland, insbesondere an den Gymnasien, ist der Schülerrückgang mit dem kommenden Schuljahr weiterhin stark spürbar.

In den nächsten Tagen beginnen die Anmeldefristen für die staatlichen Gymnasien, an Privatschulen werden bereits Anmeldungen entgegengenommen. Aufgrund dieser unterschiedlichen Anmeldebedingungen zwischen staatlichen und privaten Gymnasien sind viele Eltern zukünftiger Gymnasiasten und Lehrer der staatlichen Gymnasien verunsichert, ob bei ihnen genügend Anmeldungen eingehen werden.

Daher frage ich die Landesregierung: Inwiefern sind Veränderungen hinsichtlich der Anmeldefristen und der Mindestschülerzahlen für Gymnasien zur Sicherung der Schulstandorte angedacht?

87. Fraktion DIE LINKE
Abgeordnete Kerstin Meier
- Verfassungskonformität des ZDF-Staatsvertrages -

Der Ministerpräsident des Landes Hessen hat als Verwaltungsratsmitglied des ZDF im Dezember des letzten Jahres die Ablösung des ZDF-Chefredakteurs durchgesetzt, obwohl der ZDF-Intendant gut begründet an seinem damaligen Chefredakteur festhalten und dessen Vertrag verlängern wollte. Das politisch motivierte Vorgehen, einen Journalisten des öffentlich-rechtlichen Rundfunks aus dem Amt zu hieven, war auf breite Kritik und Empörung in der Öffentlichkeit gestoßen und hat erneut die Zweifel verstärkt, dass es um die verfassungsrechtlich geforderte Staatsferne des ZDF nicht gut bestellt sei.

Ich frage die Landesregierung: Wie bewertet sie vor diesem Hintergrund die Verfassungskonformität des ZDF-Staatsvertrages?

88. Fraktion DIE LINKE
Abgeordnete Carolin Steinmetzer-Mann
- Evaluierung der Regionalen Wachstumskerne und weiterer Städte -

Im Januar 2008 beschloss der Landtag, dass die Landesregierung eine Wirkungs- und Staturevaluierung für das Jahr 2010 vorbereiten soll, in die auch erfolgreiche Standorte außerhalb der zurzeit definierten RWK einbezogen werden. Im 8. Bericht der Interministeriellen Arbeitsgruppe Aufbau Ost „Stärkung der Wachstumskräfte durch räumliche und sektorale Fokussierung von Landesmitteln Stärkung der Regionalen Wachstumskerne“ macht die Landesregierung auch Ausführungen zur Evaluation der Ergebnisse der Neuausrichtung der Förderpolitik auf RWK. Dort heißt es u. a.: „Als nachvollziehbares und klares Kriterium für die Festlegung der anderen Standorte hat sich die IMAG entschieden, alle Standorte außerhalb der RWK mit mindestens 15 000 Einwohner/Innen in die Evaluation einzubeziehen. Damit sind 15 RWK und 22 weitere Städte Gegenstand der laufenden

Evaluation.“

Die „Kommune des Jahres 2005“ hatte laut Amt für Statistik Berlin-Brandenburg im April 2009 8 912 Einwohner und erfüllt somit nicht das Kriterium, um überhaupt in den Prozess der Evaluierung mit einbezogen zu werden.

Ich frage die Landesregierung: Welche anderen Möglichkeiten sieht sie, die Stadt Elsterwerda in den Prozess der Evaluierung mit einzubeziehen, um vielleicht zukünftig im RWK Westlausitz (Finsterwalde, Lauchhammer, Schwarzheide und Großräschen) Berücksichtigung zu finden?